

# Laibacher Zeitung.



Nr. 272.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 28. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1mal 6 kr., 2mal 8 kr., 3mal 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1870.

## Mit 1. December

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom ersten bis Ende December 1870:

Im Comptoir offen . . . . .	fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert . . . . .	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	1 " — "
Mit Post unter Schleifen . . . . .	1 " 25 "

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. November d. J. die vom k. k. Landtage zur Deckung des Landesfonds-Erfordernisses, sowie zur theilweisen Deckung desjenigen des Grundentlastungsfonds für das Jahr 1871 beschlossene Landesumlage von 40 pCt. auf sämtliche directe Steuern ohne Kriegszuschlag und von 20 pCt. zur Verzehrungssteuer vom Wein, Wein- und Obstmost und vom Fleisch, davon 18 pCt. zu Landes- und 22 pCt. zu Grundentlastungszwecken, beziehungsweise je 10 pCt. zu Landes- und zu Grundentlastungszwecken allergnädigst zu genehmigen geruht.

## Agiozuschlag

zu den Fahr- und Frachtgebühren auf den österreichischen Eisenbahnen.

Vom 1. December 1870 ab wird der Agiozuschlag zu den hievon betroffenen Gebühren jener Bahnanstalten, welche zur Einhebung eines Agiozuschlages berechtigt sind und von diesem Rechte Gebrauch machen, mit 20 pCt. berechnet.

Die zu Gunsten des Publicums bestehenden Ausnahmen bei Einhebung eines Agiozuschlages bleiben mit den nachfolgenden Modificationen unverändert:

Auf der k. k. priv. südnorddeutschen Verbindungsbahn sind seit 1. November 1870 Berggarne, Tomgarne und Fackelgarne von der Einhebung eines Agiozuschlages befreit.

Die bisher auf den Linien der k. k. priv. österr. Staatseisenbahngesellschaft bestandenen Ausnahmen treten mit dem Tage der Eröffnung des Ergänzungsnetzes außer Kraft. Von diesem Tage angefangen sind vom Agiozuschlage befreit:

1. Die Versicherungsprämien, die Nachnahmeprovisionen und die Auf- und Ablegegebühren.
  2. Die Transport- und Manipulationsgebühren von Wien (loco) nach Brünn (loco) und umgekehrt.
- Wien, am 24. November 1870.  
Vom k. k. Handelsministerium.

## Nichtamtlicher Theil.

### Das Rothbuch.

Wien, 25. November.

Das auswärtige Amt unserer Monarchie hat sich beeilt, den Delegationen sofort bei ihrem Zusammenritte das „Rothbuch“ vorzulegen und ihnen damit das Material zu einer eingehenden Prüfung der Stellung unseres Staates zu den übrigen europäischen Mächten, so wie zur gründlichen Kritik der auswärtigen Politik unseres Cabinetes zu bieten. Es ist bereits die vierte derartige Publication, die gegenwärtig mit den Delegationen auch der Öffentlichkeit übergeben wird. Wir möchten an dieser einfachen Thatsache, die so selbstverständlich geworden, daß die öffentliche Meinung für sie kein Wort mehr findet, nicht stillschweigend vorübergehen und daran erinnern haben, daß die Vorlegung diplomatischer Actenstücke im Parlamente für Oesterreich-Ungarn erst von dem Momente an datirt, in welchem Graf Beust an die Spitze der Staatsgeschäfte trat und daß erst dieser Staatsmann es war, welcher dem Constitutionalismus und seinen berechtigten Ansprüchen auch auf diesem Terrain Geltung verschaffte. Insofern kann schon die Thatsache der Vorlage des Rothbuches allein befriedigen.

Einer eingehenden Prüfung des in dieser Sammlung diplomatischer Actenstücke gebotenen reichen und in-

teressanten Materials begegnen wir bereits in der Mehrzahl der Wiener Journale, sie sprechen sich fast insgesammt über das aus dem Rothbuche ihnen entgegentretende Bild der auswärtigen Politik des Grafen Beust in all' den reichbewegten Phasen der letzten Monate in höchst anerkennender und für den Reichskanzler schmeichelhafter Weise aus. Lassen wir in erster Linie die „N. Fr. Pr.“ sprechen. Sie schreibt: „Die Politik, welche in diesen Documenten sich wieder spiegelt, ist eine correcte, der Stellung Oesterreichs entsprechend. Im Ganzen tritt uns aus dem Rothbuche das Bild einer Politik entgegen, der eine gewisse Methode, Einheitlichkeit des Gedankens, Ueberlegung und manchmal auch Ueberlegenheit nicht abgesprochen werden wird. Auf dem Terrain, wo ein Louis Napoleon, jetzt allerdings ein abgethaner Mann, ein Bismarck und Gortschakoff sich bewegen, ist es für den Lenker der auswärtigen Politik des zurückgedrängten, mit Mißgunst und Mißtrauen angesehenen Oesterreich keine leichte Sache, sicher und aufrecht einherzuschreiten. Man wird dem Grafen Beust das Zeugniß nicht versagen, dürfen, daß er seiner schwierigen Aufgabe jeberzeit und unter den verschiedensten Umständen gerecht wird, ohne der Sache und der correctesten diplomatischen Form jemals auch nur das Geringste zu vergeben. Aber auch in anderer Beziehung sind die Actenstücke des Rothbuches in hohem Grade lehrreich. Sie zeigen uns deutlich, wie die Diplomatie der verschiedensten Cabinette unseres Welttheils völlig außer Rand und Band gerathen ist, wie die reine Interessen-Politik, der politische Realismus einen vollständigen Abfall von allen Grundsätzen, von allen Rechtsbegriffen, von jeder Vertragstreue zur Folge hat, wie jede Macht ihre eigenen Wege geht, wie jede Solidarität aufgehört hat und die Beziehungen der Staaten unter einander, hier durch das übermuthvolle Pochen auf die Macht und dort durch grenzenlose Feigheit bestimmt werden. Ferner möchten wir als einen durch die Lectüre des Rothbuches hervorgerufenen nachhaltigen Eindruck hervorheben, daß von der dunklen Folie der eingerissenen Verachtung und Verwilderung der Rechtszustände in Europa die Gesamthaltung der Politik Oesterreichs sich durchaus ehrenhaft abhebt. Wenn wir sehen, wie Behässigkeit und Mißtrauen Oesterreich auf allen Wegen entgegentreten, so drängt sich uns unwillkürlich der Gedanke auf, daß unser Staat trotz alledem in Europa eine bei weitem größere Geltung hat, als selbst hierzulande geahnt wird.“

Die „Presse“ zweifelt im Hinblick auf den kritischen Charakter des österreichischen Parlamentarismus nicht daran, daß man an dem Rothbuche so Manches auszufinden finden werde, aber „diesem Motive steht das weit entscheidendere gegenüber, daß im Großen und Ganzen die Politik des Reichskanzlers den Interessen Oesterreichs wie Ungarns entsprochen hat, daß sich Niemand finden wird, der ernstlich und im tiefsten Grunde seines Herzens es auch nur für denkbar hält, die Grundtendenz derselben wesentlich zu modificiren.“

Das „Fremdenblatt“ erinnert in treffender Weise an die Schwierigkeiten, mit denen eine auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie angesichts der divergirenden Interessen und Wünsche der Stämme des Reiches zu kämpfen hat, und bezweifelt auch, ob es dem Grafen Beust gelingen wird, eine Universalformel für die äußere Politik, die der Ost- und Westhälften genehm wäre, zu finden, meint jedoch: Graf Beust wird, wie bisher, fortfahren müssen, nicht den nationalen Leidenschaften zu schmeicheln, sondern die Interessen Oesterreichs hoch zu halten, und dann wird er noch manches „Rothbuch“ vom Stapel laufen lassen, von welchem jedes den Beweis liefern wird, daß es zu den Riesenaufgaben gehört, die Politik Oesterreich-Ungarns im richtigen Fahrwasser zu erhalten. Während vier Jahren ist dieses schwere Stück Arbeit dem Grafen Beust gelungen, und daß es ihm noch weiter gelingen werde, dafür bürgt uns seine Tüchtigkeit und seine Treue gegen das Adoptiv-Vaterland, in dem ihm zwar Reider und Gegner entstanden sind, aber auch Freunde und Verehrer, die nie vergessen werden, daß der Reichskanzler — „den Besten seiner Zeit genug gethan.“

Die „Morgenpost“ vindicirt dem Grafen Beust das Verdienst, der Monarchie den Frieden bewahrt zu haben, und bemerkt: „Es ist zu bezweifeln, daß dieses Verdienst nach Gebühr anerkannt wird. Man dankt nicht dem Arzte, der eine gefährliche Krankheit im Keime erstirkt. Dagegen ist man voll Bewunderung für Jenen, der den Ausbruch des Uebels befördert, um es durch Eisen und Blut zu curiren. Es wird nicht in Abrede zu stellen sein, daß die Umwälzungen, welche Europa

erfahren, Oesterreich in eine äußerst schwierige und theilweise auch demüthigende Stellung bringen. Aber man darf nicht vergessen, daß wir bei geringerer Besonnenheit der Staatsleitung in eine Masse von Verlegenheiten und vielleicht in furchtbare Katastrophen gestürzt worden wären. „Oesterreich ist der Friede.“ Diesen Satz hätte man füglich als Motto an die Spitze des Rothbuches Nr. 4 stellen können, das gestern bei Eröffnung der Delegationen zur Vertheilung gelangte. Graf Beust liefert in seinen Darlegungen den Beweis, daß sein ganzes Streben auf Bewahrung des Friedens gerichtet war. Eine solche Politik entspricht auch der Lage der Monarchie.“

Diesen anerkennenden Stimmen über die Gesamtpolitik des Grafen Beust reihen sich noch freundliche Urtheile über einzelne seiner diplomatischen Schritte, namentlich in der Pontusfrage, an. So rühmt die „Tagesspreche“ seine Depesche vom 16. November (in der Frage des Pariser Tractates) als wahres Meisterstück: gedrängt, unerbittlich logisch, trocken, ja störrisch, wie dies die russische Insolenz gebot, entspreche dieselbe genau der Situation.

## Aus dem Rothbuche.

Der Depeschensammlung im Rothbuch Nr. IV., welche Donnerstag den Delegationen vorgelegt wurde, geht ein Expose voraus, das in 3 Abtheilungen zerfällt, aus welchen wir nachstehend das Wesentlichste folgen lassen:

### 1. Stellung der Monarchie zum gegenwärtigen Kriege.

„Angesichts der ernsten Lage Europa's hat Seine Majestät der Kaiser und König in erhöhtem Maße das Bedürfniß empfunden, die gelesenen Vertreter der österreichisch-ungarischen Monarchie um den Thron zu versammeln.“

Das gemeinsame Ministerium des Aeußern ist daher doppelt lebhaft der Pflicht sich bewußt, die hohen Delegationen ebenso wie gelegentlich der drei früheren Sitzungen durch authentische Mittheilungen zur Beurtheilung der Richtungen seines Wirkens in den Stand zu setzen. Bedarf es doch mehr als je für seine Thätigkeit der festen Grundlage, die es nur in der Billigung seines Verhaltens durch die zur Wahrung der Belange und Aufgaben des Gesamtreiches mitberufenen Repräsentativ-Körper zu finden vermag.

Das Ministerium des Aeußern wird sonach der von ihm eingeführten Uebung, von der Führung der politischen Geschäfte Oesterreich-Ungarns öffentlich vor den Delegationen Rechenschaft abzulegen, auch inmitten der erschütternden Ereignisse der Gegenwart unbeirrt treu bleiben.

Die hohen Delegationen werden es indessen würdigen, wenn das Ministerium sich hierbei mit strenger Sorgfalt diejenige Zurückhaltung auferlegt, welche sich aus der Stellung und den Interessen einer neutralen, an dem Kampfe, der Europa bewegt, glücklicher Weise nicht direct und activ beteiligten Macht erklärt. Es wird daher trachten, sich solcher Veröffentlichungen zu enthalten, die ohne entschieden praktischen Nutzen nur die Wirkung haben könnten, dem aufregenden Streite über die Entstehung der lange zurückgedrängten und dann so plötzlich aufgeloderten Kriegesflamme und über die damit verbundenen Verantwortlichkeiten neue Nahrung zuzuführen. Das Hochgefühl der Sieger fordert Rücksichten, der Schmerz der Besiegten fordert sie nicht weniger, und es entspricht den in unserem Reiche vorwaltenden Gesinnungen, daß gegen keine dieser Rücksichten gefehlt werde.

Bis zur Mitte des laufenden Jahres hatten außer den Vorgängen im Orient und den Verhandlungen mit der päpstlichen Curie keine Angelegenheiten von höherer politischer Bedeutung das Ministerium des Aeußern beschäftigt. Zu dieser Zeit entstand unerwartet für den europäischen Frieden eine Gefahr, welche fast im selben Augenblicke, in dem sie erkannt wurde, sich auch bereits als unabwendbar entfaltete.

Die Regierung Oesterreich-Ungarns hat sich zwar in den Tagen dieser Krisis mit derselben eifrigen Friedensliebe, mit welcher sie vor drei Jahren auf die Beseitigung des luxemburgischen Zwischenfalls hingewirkt hatte, in Uebereinstimmung mit anderen Mächten bestrebt, die unmittelbare Veranlassung des Conflictes hinwegzuräumen. Aber die tiefer liegenden Ursachen dieses Conflictes erwiesen sich diesmal stärker als alle vermittelnden Bemühungen.

Es erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen, der Eintritt der süddeutschen Staaten für die norddeutsche Macht, und jener gewaltige Krieg, in welchem sich die Kraft der deutschen Nation durch eine ununterbrochene Reihe von Siegen dem Gegner überlegen gezeigt hat.

Unserer Monarchie sind während dieses blutigen Völkertampfes die Segnungen des Friedens bewahrt geblieben. So nahe sie von den Aenderungen berührt werden mag, welche der Krieg und seine Folgen im politischen Zustande Europa's hervorbringen werden, so hat doch die k. und k. Regierung in dem Entschlusse nicht wanken können, eine streng neutrale Haltung zu beobachten. Allgemein und tief ist gefühlt worden, daß Oesterreich-Ungarn von einer Allianz mit Preußen und Deutschland, wie von einer Allianz mit Frankreich durch gleich entscheidende Gründe abgehalten sei, und die öffentliche Meinung hat sich daher in beiden Theilen des Reiches mit fast ungetheilter Uebereinstimmung für die von der Regierung angenommene Neutralitätspolitik ausgesprochen.

Es wird nun des weiteren auseinandergesetzt, wie die Monarchie nach allen Seiten hin freundschaftliche Beziehungen angeknüpft habe, und wird dabei speciell auf den Besuch des Kronprinzen von Preußen in Wien, auf die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Warschau und die Kaiserreise nach Constantinopel hingewiesen. Das Rothbuch fährt dann fort:

„Nachdem schon zuvor die Beziehungen zu Frankreich und England die befriedigendsten gewesen waren, so befand sich die Monarchie in der glücklichen Lage, nach allen Seiten hin mit voller Beruhigung blicken zu können. Da schlug wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Frage der spanischen Candidatur Hohenzollern in die friedliche Constellation.

Daß die k. k. Regierung davon überrascht wurde, wird man ihr ernstlich nicht zum Vorwurfe machen wollen, da wohl Niemand zu der Behauptung sich berechtigt halten dürfte, daß die Aufstellung jener Candidatur an und für sich geeignet war, die weittragenden Folgen nach sich zu ziehen, die eine unvorhergesehene Verwicklung hinzutretender Umstände erst hervorrief.

Gewiß aber wären der k. k. Regierung die heftigsten Vorwürfe nicht erspart geblieben, hätte sie sich bestimmt gefunden, in Folge der ihr allerdings schon längst bekannt gewordenen Aufstellung jener Candidatur abwehrend in eine Angelegenheit sich einzumischen, welche in erster Linie ein ihrem Interessen-Gebiete sehr fern liegendes Land anging.

Daß die kaiserliche und königliche Regierung nach dem Herantreten des durch jenen Zwischenfall hervorgerufenen Conflictes zwischen Frankreich und Preußen sofort bemüht war, auf Beseitigung des Streitobjectes vermittelnd hinzuwirken, daß sie, indem sie nach dem Ausbruche des Krieges sich für die Neutralität entschied, sich bewußt war, im Interesse der Monarchie und im Einverständnisse mit den Wünschen der derselben angehörigen Völker zu handeln, ist bereits oben erwähnt worden.

Allein es erscheint nothwendig, hervorzuheben, daß die kaiserliche und königliche Regierung, weit entfernt die ihr befreundete französische Regierung zu dem Unternehmen des ihr so verderblich gewordenen Krieges zu verleiten, es an Warnungen davor nicht hat fehlen lassen, daß sie, weit entfernt, Hoffnungen auf ihren Beistand zu erwecken, Frankreich nicht in Zweifel über die ihr gebotene Stellung gelassen, und daß sie durch die Behauptung ihrer Neutralität mit eingegangenen Verpflichtungen sich nicht in Widerspruch gesetzt hat.“

Das Rothbuch bespricht dann die Bildung der sogenannten Neutralitätsliga, wodurch der Krieg localisirt werden sollte. Dabei habe Oesterreich eine gemeinsame Friedensaction der neutralen Mächte nie aus dem Auge verloren. Sie richtete ihr Absehen dahin, damit zur rechten Zeit durch eine „von der öffentlichen Meinung getragene wohlwollende und rücksichtsvolle Dazwischenkunft dem Sieger die Mäßigung, dem Besiegten die Ergebung in sein Schicksal erleichtert werde.

In dieser Richtung glaubt die kaiserliche und königliche Regierung nicht ohne Erfolg gewirkt zu haben, und sie wird in gleichem Streben auch ferner nicht ermüden.“

Der zweite Abschnitt der „Uebersicht“ ist den „orientalischen Angelegenheiten“ gewidmet, behandelt aber nur die Streitigkeiten über Genuß des Weiderechts zwischen Montenegro und der Pforte, sowie das Verhältniß Oesterreichs zu Rumänien. In einer dritten Rubrik der Uebersicht werden endlich die „Verhandlungen mit der päpstlichen Curie“ beleuchtet. Als charakteristisch heben wir die folgenden Stellen hervor:

„Die Besignahme Roms hat die Fragen nicht abgeschlossen, welche Staaten und Gesellschaft in Europa bezüglich der internationalen Formulirung seiner Souveränitätsrechte bewegen. Diese Fragen harren der Ordnung und der österreichisch-ungarischen Monarchie wird dabei, kraft des allgemeinen Gewichtes ihrer Stimme, kraft ihrer speciellen Beziehungen zu der Entwicklung der katholischen Kirche, und nicht in letzter Linie kraft der ungetrübt bewahrten freundschaftlichen Beziehungen zur italienischen Regierung eine hervorragende moralische Theilnahme nicht versagt sein.“

## 2. Rußland und der Pariser Vertrag.

Es werden bezüglich der Frage des Schwarzen Meeres drei Actenstücke mitgetheilt und zwar das bekannte Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff vom 1ten November, die Antwort des Grafen Beust und eine über das Gespräch zwischen Beust und Nowikoff berichtende Note. Die Vorzüge dieser Note, die man in diplomatischen Kreisen mit Recht als ein Meisterstück bezeichnet, treten lebhaft hervor, wenn man sie in Vergleich mit der denselben Zweck verfolgenden englischen Note bringt. Wir lassen die österreichische Note hier im Wortlaute folgen:

### Graf Beust an den Grafen Chotek in St. Petersburg.

Wien, 16. November.

„Der russische Gesandte hat mir vor einigen Tagen Abschrift von einer Depesche gegeben, welche ich Ihnen hiermit gleichfalls mittheile. Ich habe mich beeilt, dieselbe der Aufmerksamkeit des Kaisers und Königs, unseres erhabenen Herrn zu unterbreiten, und es geschieht auf Befehl Sr. Majestät, wenn ich Sie beauftrage, die folgenden Bemerkungen zur Kenntniß des Fürsten Gortschakoff zu bringen.

Hier die Bestimmungen des Artikels 14 des Pariser Vertrages vom 30. März 1856: „Nachdem Ihre Majestäten der Kaiser von Rußland und der Sultan ein Uebereinkommen zu dem Zwecke getroffen haben, um die Stärke und Zahl der zum Küstendienst nothwendigen leichten Fahrzeuge, welche sie im Schwarzen Meere erhalten wollen, festzustellen, ist diese Convention mit diesem Vertrage verbunden und hat dieselbe Kraft und denselben Werth, als ob sie einen integrierenden Theil dieses Vertrages bilden würde. Diese Convention kann ohne die Zustimmung der den Vertrag unterzeichnenden Mächte nicht annullirt und nicht abgeändert werden.“

Der letzte Paragraph dieses Artikels erhält durch seine bestimmte Fassung eine besondere Bedeutung, indem er deutlich und ausnahmsweise eine Stipulation hinzufügt, die jederzeit bei allen internationalen Vereinbarungen als selbstverständlich betrachtet wurde. Wir können über die absolute Verbindlichkeit dieser Vereinbarung weder einen Zweifel hegen, noch zulassen, selbst für den Fall, als der eine oder andere der vertragschließenden Theile die besten Gründe gegen die Aufrechterhaltung dieser oder jener Bestimmung eines Vertrages geltend machen könnte, bei dem im Voraus nach Uebereinkunft erklärt wurde, daß er ohne Zustimmung der Mächte, die ihn unterzeichnet haben, weder annullirt noch abgeändert werden könne.

Einzig um es nicht an den dem Cabinet von St. Petersburg gebührenden Rücksichten fehlen zu lassen, geschieht es, daß wir, statt uns auf diese einfache Zurückweisung zu beschränken, welche unsern ganzen Gedanken über die uns gemachte Eröffnung in sich schließt, auf eine Prüfung der Argumente eingehen, welche der uns gewordenen Mittheilung zur Grundlage dienen.

Die Depesche des Herrn Staatskanzlers von Rußland beginnt damit, die Ungleichheit und Unbilligkeit hervorzuheben, welche den Bestimmungen des Pariser Vertrages anhaften soll, indem sie die Bertheidigungsmittel Rußlands im Schwarzen Meere beschränken, während sie es der Türkei gestattet, unbegrenzt viele Seestrekräfte im Archipel und in den Meerengen zu erhalten. Wir wollen nicht den Ursprung des Pariser Vertrages untersuchen; wir erlauben uns nur, dem Fürsten Gortschakoff die Bemerkung zu machen, daß ein solches Motiv wohl die Unterzeichnung eines Vertrages verhindern, auch nach der Unterzeichnung das Verlangen nach Abänderung begründen kann, niemals aber kann es zu einer willkürlichen Lösung berechtigen. Wir sagen mehr: Die Gründe, welche Rußland vorbringt, um seinen einseitigen Act zu rechtfertigen, sind weit entfernt davon, die Tragweite desselben abzuschwächen, vielmehr steigern sie die Schwere der Beforgnisse, die sich daran knüpfen müssen. Die Maxime, welche es zu adoptiren liebt, compromittirt nicht nur die bestehenden Verträge, sondern auch jene, welche künftighin abgeschlossen werden sollen. Diese Maxime kann wohl den Abschluß von Verträgen erleichtern, kann aber nie beitragen, dieselben zu befestigen.“

(Graf Beust berührt dann die übrigen in der russischen Depesche angeführten Argumente. Die Umgestaltung der Donaufürstenthümer sei von Nachtheilen für die Türkei begleitet gewesen. Das Erscheinen von Kriegsschiffen im Schwarzen Meere, welche den Souveränen zur Escorte dienten, habe einen sehr harmlosen Charakter besessen. Die Note fährt dann fort:)

„Die Regierung Sr. k. und k. apost. Majestät konnte daher nur mit peinlichem Bedauern den Entschluß erfahren, welcher uns durch die Depesche des Fürsten Gortschakoff angelündigt und durch welchen Rußland eine große Verantwortlichkeit auf sich ladet. Es ist uns unmöglich, darüber nicht das tiefste Erstaunen zu zeigen und die ernste Aufmerksamkeit des kaiserlichen Cabinets auf die Consequenzen eines Vorgangs zu lenken, der nicht nur einen von allen Großmächten unterzeichneten internationalen Act angreift, sondern dies auch unter Verhältnissen thut, wo Europa mehr als je der Garantien bedarf, welche durch den Glauben an die Verträge seiner Ruhe geboten werden.“

Sie werden diese Depesche dem Fürsten Gortschakoff vorlesen und ihm eine Abschrift davon zurücklassen.“

Die zweite Note, welche Graf Beust nach St. Petersburg gerichtet hat, ist ebenfalls vom 16. November datirt. In dieser Note theilt Graf Beust mit, daß ihm der russische Gesandte einige Stellen aus einer zweiten Depesche vorgelesen habe, die aber einen mehr vertraulichen Charakter hatten. In diesem Actenstücke ließ Fürst Gortschakoff den Grafen Beust daran erinnern, daß letzterer seit dem 1. Jänner 1867 selbst die Initiative zur Revision des Pariser Vertrages ergriffen habe. Graf Beust antwortet dem Grafen Nowikoff, daß er sich an jenen Schritt nicht ohne Bedauern erinnert fühle. Rußland habe damals die Handlungsweise des Grafen Beust als eine Ueberstürzung bezeichnet. Graf Beust machte dann Herrn Nowikoff auf den Unterschied zwischen Vertragsrevision und dem eigenmächtigen Verfahren Rußlands aufmerksam. Graf Beust schilderte lebhaft die Unruhe, welche ein solches Auftreten Rußlands im Orient verbreiten müsse. Agitation und Gewaltthatigkeit werden dort ein ergiebiges Terrain finden.

## Parlamentarisches.

(Eisenbahn-Ausschuß.) Der zur Vorberathung des von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzesentwurfes betreffend die Ergänzung der Kronprinz-Rudolfs-Bahn durch die Eisenbahnstrecke Laibach-Tarvis niedergesetzte Ausschuß hat seine diesbezüglichen Verhandlungen bereits beendet. Der Wichtigkeit, welche diese Bahnstrecke für den Handel und die Industrie von Tirol, Kärnten, Krain und Triest, so wie deren Hinterländer hat, und der dadurch bedingten Dringlichkeit des Baues entsprechend, unterzog der Ausschuß den vorgelegten Gesetzesentwurf einer eingehenden Prüfung, welche das Resultat hatte, daß an demselben mehrere Aenderungen vorgenommen wurden.

Die hervorragendste der in Vorschlag zu bringenden Aenderungen betrifft, wie mitgetheilt wird, die Bemessung des garantirten Reinertragnisses, indem sich in Folge der Annahme einer gegen das frühere Project abgeänderten Trace, wodurch unter Anderem die Bahnlänge um drei Zehntelmeilen verkürzt wird, nicht unerhebliche Ersparungen erzielen lassen. Nach den Berechnungen, welche dem Ausschusse vorlagen, dürften die Gesamtbaucosten für diese Strecke mit Inbegriff der Geldbeschaffungskosten und der Intercalarzinsen sich rund auf 5,200.000 fl. belaufen, wofür eine Zinsengarantie im Betrage von 260.000 fl. nothwendig wird.

Der Ausschuß schloß sich diesen Berechnungen an und wird dem zufolge im Artikel 2 des Gesetzesentwurfes den Antrag stellen, daß das Reinertragniß des dem garantirten Anlagecapital der Kronprinz-Rudolfs-Bahn zuzurechnenden Anlagecapitals der Linien Laibach-Tarvis für die neue Eisenbahnstrecke statt um den Betrag von 85.000 fl. in Silber per Meile, wie es die Regierungsvorlage vorschlägt, nach Maßgabe des Gesamtkostenaufwandes für die Bahnerstellung um den Betrag von höchstens 260.000 fl. in Silber vom Tage der Eröffnung des Betriebes auf der ganzen Eisenbahnstrecke von Laibach nach Tarvis erhöht werden kann.

Eine zweite nicht unwesentliche Aenderung, welche der Ausschuß an der Regierungsvorlage vorschlägt, besteht darin, daß er einen eigenen Artikel einzuschalten beschloß, mittelst welchem der Regierung die Pflicht auferlegt werden soll, im Falle der Concessionsertheilung dafür Sorge zu tragen, daß die Vergebung der Bauarbeiten nur im Wege der Offerte ausgeschrieben werden darf.

Anlaß zu dieser Einschaltung gab die sich geltend machende Ansicht, daß, wenn die Bauarbeiten nur nach einer stattgehabten öffentlichen Concurrenzverhandlung und gegen Zahlung in effectivem Gelde vergeben würden, sich die Baukosten wahrscheinlich noch um ein Namhaftes vermindern würden, da sich gewiß bald Unternehmer finden dürften, welche sich bisher nur dadurch von der Uebereinnahme von derlei Arbeiten abhalten ließen, weil die Zahlung in Actien oder Prioritäten erfolgte.

In Berücksichtigung der Dringlichkeit der Herstellung der Bahn und um die Rentabilität der zwei bereits subventionirten Kronprinz-Rudolfs-Bahn-Strecken zu erzielen, einigte sich der Ausschuß zu dem Beschlusse, daß, falls die Verhandlungen der Regierung mit der genannten Bahn wegen Ertheilung der Bau-Concession auf Schwierigkeiten stoßen sollten, die Regierung zu ermächtigen sei, sofort den Bau selbständig einzuleiten, und daß zu diesem Behufe derselben für das Jahr 1870 ein Credit von 2 Millionen Gulden zu eröffnen sei.

Zum Berichterstatter wurde der Abg. Stockert gewählt.

## Die preussische Thronrede.

Berlin, 24. November. Der norddeutsche Reichstag wurde heute mit nachfolgender, vom Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes Delbrück verlesenen Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren vom Reichstage des norddeutschen Bundes!

Se. Majestät der König von Preußen hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Reichstag des norddeutschen Bundes im Namen der verbündeten Regierungen zu eröffnen. Es würde Sr. Majestät zu Ihrer Befriedigung ge-

reicht haben, heute in Ihrer Mitte zu sein, um an dieser Stelle Gott für die Erfolge zu danken, mit welchen die Waffen der deutschen Heere gesegnet worden sind, und um Ihnen auszusprechen, welchen Antheil die nationale Haltung und die Einmüthigkeit des Reichstages bei Bereitstellung der zur Führung des Krieges erforderlichen Mittel an diesen Erfolgen gehabt haben.

Durch die in der Kriegsgeschichte beispiellosen Siege, welche nach Gottes Willen die heldenmüthige Tapferkeit und die einsichtige Führung der deutschen Heere erfochten haben, die den Angriff im Juli auf Deutschland ist der Angriff, zurückgeworfen worden. Das französische Volk unternahm, zurückgeworfen worden. Das französische Volk muß die Ueberzeugung gewonnen haben, daß seine jetzige Kriegsmacht, nach der Vernichtung der gegen uns aufgestellten Heere, der geeinigten Wehrkraft Deutschlands nicht gewachsen ist. Wir könnten daher den Abschluß des Friedens als gesichert betrachten, wenn unser unglückliches Nachbarland eine Regierung hätte, deren Träger ihre eigene Zukunft als untrennbar von der ihres Landes betrachteten. Eine solche Regierung würde jede Gelegenheit ergriffen haben, die Nation, an deren Spitze sie sich aus eigener Nachvollkommenheit gestellt hat, zur Wahl einer Volksvertretung und durch diese zur Aussprache über die Gegenwart und die Zukunft des Landes in den Stand zu setzen. Aber die Actenstücke, welche Ihnen, meine Herren, von dem Präsidium des Bundes vorgelegt werden sollen, werden Ihnen den Beweis liefern, daß die jetzigen Machthaber in Frankreich es vorziehen, die Kräfte einer edlen Nation einem aussichtslosen Kampfe zu opfern.

Die unverhältnismäßige Erschöpfung und Zerrüttung, welche für Frankreich die Folgen der Fortsetzung dieses Kampfes unter den gegenwärtigen Umständen sind, müssen zwar die Kraft des Landes in dem Maße schwächen, daß dasselbe zu seiner Erholung längere Zeit bedürfen wird, als bei einem regelmäßigen Verlaufe des Krieges der Fall gewesen wäre. Die verbündeten Regierungen haben aber mit Bedauern der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Friede zwischen den beiden großen Nachbarvölkern, auf dessen ungetrübte Dauer sie noch vor weniger als einem halben Jahre zählten, durch die Erinnerungen, welche die Eindrücke dieses Krieges in Frankreich hinterlassen werden, nur um so sicherer gefährdet sein wird von dem Augenblicke an, so Frankreich durch die Erneuerung der eigenen Kraft oder durch Bündnisse mit anderen Mächten sich stark genug fühlen wird, den Kampf wieder aufzunehmen.

Die Bedingungen, unter welchen die verbündeten Regierungen zum Frieden bereit sein würden, sind in der Öffentlichkeit besprochen worden. Sie müssen zu der Größe der Opfer, welche dieser ohne jeglichen Grund, aber mit der Zustimmung der gesammten französischen Nation unternommene Krieg unserem Vaterlande auferlegt hat, im Verhältniß stehen; sie müssen vor allen Dingen gegen die Fortsetzung der von allen Machthabern Frankreichs seit Jahrhunderten geübten Eroberungspolitik eine vertheidigungsfähige Grenze Deutschlands dadurch herstellen, daß sie die Ergebnisse der unglücklichen Kriege, welche Deutschland in der Zeit seiner Zerrissenheit nach Frankreichs Willen führen mußte, wenigstens theilweise rückgängig machen und unsere süddeutschen Brüder von dem Druck der drohenden Stellung befreien, welche Frankreich seinen früheren Eroberungen verdankt.

Die verbündeten Regierungen haben das Vertrauen zu dem norddeutschen Reichstage, daß derselbe ihnen die Mittel, welche zur Erreichung dieses Zieles noch erforderlich sind, nicht versagen werde. Sie sind gewiß, jetzt, wo es gilt, die erlangten Erfolge zu sichern, bei Ihnen der nämlichen patriotischen Hingebung zu begegnen, welche sie fanden, als es darauf ankam, die heute gewonnenen Erfolge zu erreichen. Es ist ihr lebhafter Wunsch, daß es möglich werde, jene Mittel nicht in vollem Umfange zu verwenden.

Um Ihnen einen vollständigen Ueberblick der politischen Lage zu gewähren, werden Ihnen die Mittheilungen vorgelegt werden, welche dem auswärtigen Amte bezüglich des Pariser Friedensvertrages vom 30. März 1856 neuerdings zugegangen sind und an welche die verbündeten Regierungen den Ausdruck ihrer Hoffnung knüpfen, daß die Wohlthaten des Friedens den Völkern erhalten bleiben werden, welche sich derselben bisher erfreut haben.

Die Fortdauer des Krieges hat eine friedliche Arbeit nicht verhindert. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, welches durch gemeinsame Gefahr und durch gemeinsamen Kampf belebt ist, das Bewußtsein der Stellung, welche Deutschland zum ersten Male seit Jahrhunderten durch seine Einigkeit errungen hat, die Erkenntniß, daß nur durch Schöpfung dauernder Institutionen der Zukunft Deutschlands das Vermächtniß dieser Zeit der Opfer und der Thaten gesichert werden könne, haben schneller und allgemeiner, als noch vor kurzem denkbar erschien, das deutsche Volk und seine Fürsten mit der Ueberzeugung erfüllt, daß es zwischen dem Süden und Norden eines festeren Bundes bedürfe, als der völkerrrechtlichen Verträge.

Diese unter den Regierungen einhellige Ueberzeugung hat zu Unterhandlungen geführt, als deren erste, auf dem Felde des Krieges erwachsene Frucht Ihnen eine, zwischen dem norddeutschen Bunde, Baden und Hessen vereinbarte, dem Bundesrath einstimmig angenommene Verfassung eines deutschen Bundes zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Die auf gleichen Grundlagen mit Baiern getroffene Verständigung wird ebenfalls Gegenstand Ihrer Beratungen werden, und die Uebereinstimmung der Ansichten, welche mit Württemberg über das zu erstrebende Ziel besteht, läßt hoffen,

daß eine gleiche Uebereinstimmung über den Weg zum Ziele nicht ausbleiben werde.

Sie werden, geehrte Herren, mit diesem Werke eine Thätigkeit würdig beschließen, wie solche wenigen gesetzgebenden Versammlungen vergönnt gewesen ist. In wenig mehr als drei Jahren haben Sie durch eine lange Reihe wichtiger, in die verschiedensten Verhältnisse des Volkslebens tief eingreifender Gesetze den Ihrer Wirkung anvertrauten ersten Ausbau der Bundesverfassung fördern helfen. Durch die letzte, vor dem Ablauf Ihrer Amtsdauer Ihnen zugehende Vorlage soll diese Verfassung und sollen die auf derselben beruhenden Gesetze über die Grenze ausgedehnt werden, welche bisher unsere süddeutschen Brüder von uns schied. Der große nationale Gedanke, welcher Sie stets bei Ihren Beratungen leitete, wird durch die letzte Beratung, zu welcher Sie zusammentreten, so Gott will, um einen entscheidenden Schritt seiner vollen Verwirklichung näher geführt werden.

Und so erkläre ich auf allerhöchsten Präsidial-Befehl im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag des norddeutschen Bundes für eröffnet.

## Kriegschronik.

Aus Chateaufeu en Thymerais, 18ten November, wird der „Frankf. Ztg.“ von H. Voget berichtet: „Der gestern allgemein für heute erwartete große Zusammenstoß ist nicht erfolgt. Das Gros der französischen Armee hat sich zurückgezogen, und nur die Artillerie regaden stießen an einigen Orten mit unserer Vorhut zusammen, wobei freilich Blut genug vergossen worden ist. Zunächst noch ein paar Notizen über den gestrigen Tag. Die 22. Division brach gestern früh unter General Wittich von Chartres auf, mit dem Befehl, sich bei Dreux mit der 17. Division, die von Maintenon kam, zu vereinigen. Sie stieß jedoch sowohl hier in Chateaufeu als bei Marville auf lebhaften Widerstand und konnte, obgleich siegreich, gestern Abends die Vereinigung nicht mehr bewerkstelligen. Ein Theil der 17. Division — doch waren es nicht, wie ich gestern geschrieben, die Hanjeaten, sondern die Mecklenburger — drang unterdessen kämpfend auf Dreux vor und nahm die Stadt, nachdem bereits die Dunkelheit eingetreten war, im Sturm. Noch spät Abends kam gestern in das Hauptquartier die Meldung, daß die Linie Chateaufeu-Dreux in unseren Händen sei. Heute ist denn auch die Verbindung zwischen den beiden Divisionen vollständig hergestellt. In der Stadt, von der ich Ihnen schreibe, befindet sich heute sowohl das Hauptquartier des Großherzogs von Mecklenburg wie das des Generals v. d. Tann. Ihr Correspondent brach heute schon, um ja nicht die Schlacht zu versäumen, mit der Dämmerung von Nogent auf. Ich kam jedoch auf kein Schlachtfeld, sondern gerieth unter französische Eclaircours, denen ich nur mit größter Mühe zu entfliehen vermochte. Der Nebel, der mich in die Nähe der Feinde geführt hatte, hinderte dieselben auch an einer energischen Verfolgung. Stets froh, wenn ich mich den bayerischen Truppen näherte, war ich es diesmal nach dem kleinen Abenteuer doppelt, als ich die hellblauen Uniformen erblickte. Unter dem Schutze der Bayern, die heute die Stabswache des Großherzogs bilden, kam ich glücklich hieher. Die Stadt ist, wie man sich denken kann, überfüllt. Brotmangel herrscht im größten Maße. Meine Wirthsleute waren glücklich, ein Stückchen Brot für ein Huhn einzutauschen zu können.

Spät Abends sind noch zwei Bataillone des 94ten Regiments (das sich größtentheils aus Sachsen-Weimar rekrutirt) hier eingerückt. Dieselben haben heute unter dem Commando der Hauptleute Franke und Riedel ein bedeutendes Recognoscirungsgesecht zu bestehen gehabt. Zur Durchsichtung des Waldes bei St. Jean commandirt, stießen sie auf französische Linientruppen, von denen sie, nachdem sie auf 150 Schritte — es war den ganzen Tag starker Nebel — nahe gekommen waren, mit einem tüchtigen Chassepotkugeltregen empfangen wurden, der sofort einige zwanzig tödtete und verwundete. Es entspann sich darauf ein zweieinhalbständiger Kampf. Die Franzosen schossen zwar schlecht, standen aber gut, mußten sich jedoch schließlich, einem Bajonnetangriff weichend, nach großen Verlusten zurückziehen. Ihr Commandeur blieb todt auf dem Platze; 119 wurden zu Gefangenen gemacht. Der Verlust auf deutscher Seite beträgt an Todten und Verwundeten nahe an 100. Unsere Soldaten kämpften schließlich mit großer Wuth und wurden von den Officieren nur mit Mühe daran gehindert, die um Pardon bittenden Feinde mit dem Kolben niederzuschlagen.“

## Tagesneuigkeiten.

(Die Festschießen zur Feier des Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin) in Bozen und Meran nehmen nach den Berichten der dortigen Zeitungen einen glänzenden Verlauf. Der Zubrang der Schützen ist ein außerordentlicher. Am 22. d. waren in Bozen bereits 420, in Meran 391 Schützen eingetragten, und sahen sich die Vorsetzungen veranlaßt, eine Verlängerung des Schießens bis zum 27. November einzutreten zu lassen.

(Personalmeldung.) Se. Excellenz der Ministerpräsident Graf Potocki begab sich, an das Allerhöchste Hoflager berufen, am Freitag nach Ofen.

(Von der Grazer Universität.) In Graz wurde dieser Tage ein von den Studierenden serbischer Nationalität in slovenischer und russischer Sprache abgefaßter und an der dortigen Universität angeschlagener Aufruf, betreffend die Vereinigung sämmtlicher slavischen Studierenden, von dem Rector Dr. Schlager confiscirt.

(Verkehrsstörungen durch Wasser.) Die „Agr. Ztg.“ schreibt: Von der Nord- und Südpromenade in Agram sieht man, so weit das Auge reicht, nur eine einzige ungeheure Wasserflut. Zwei Schienenwege zwischen Oesterreich-Ungarn sind nur mit Hindernissen zu befahren, eine andere Verbindung droht zu verschwinden, nur jene nach Warasdin ist noch offen. In der Nacht vom Montag auf den Dienstag löste sich bei Pobjused wieder ein ungeheures Stück Erde von der Höhe ab und stürzte krachend in die Tiefe. Man hegt gegründete Besorgungen, daß ein naher Hügel, der durch die fortwährenden Vöslungen immer mehr und mehr an Grund verliert, sich auch neigen und herabstürzen werde. Die Arbeiten werden mit allem Eifer betrieben.

(Eltternmord) In Gatsa (in Siebenbürgen) hat ein lieberlicher Bursche des Nachts Mutter und Vater ermordet, welche ihm kein Geld geben wollten. Der Mörder wurde bald eingezogen.

## Locales.

### Generalversammlung der Landwirtschafts-Gesellschaft am 23. November.

(Schluß.)

Hierauf verliest Forstmeister Scheyer einen Antrag, welcher dahin abzielt, es solle ein systematischer und deutlicher Vorgang bei der Parzellentheilung im neuen Kataster angestrebt werden; die Untertheilung der Parzellen-Nummern durch die Buchstaben a-z, aa-zz u. s. w. verwirre die Uebersicht; — dann aber betont Scheyer, wie notwendig es sei, bei der im Zuge befindlichen Grundsteuerregulirung ein mehr einheitliches Vorgehen der einzelnen Commissionen zu Stande zu bringen. In der hierüber abgeführten Debatte handelt es sich hauptsächlich darum, an welche Adressen die Versammlung die Würdigung dieser Anträge zu leiten habe, worauf der Vorschlag des Waldschätzungsreferenten Dimitz: man leite den ersten Antrag mit dem Ersuchen um Würdigung an die k. k. Finanz-Direction, den zweiten jedoch an die k. k. Grundsteuer-Landescommission, — angenommen wird.

Scheyer will ferner, daß die Gesellschaft im geeigneten Wege auf die Grundsteuerregulirungsorgane einwirke, damit sie bei Arbeitslöhnen mit Verköstigung für die durch das Silberagio erhöhten Landesproductenpreise entsprechende Rücksicht walten ließen. Schollmayer constatirt mit Bezug auf die Einrechnung der Verköstigung bei Arbeitslöhnen, daß darauf im Sinne der Anleitung zum Regulirungsgesetze § 16 ohnedies reflectirt werden müsse und es in der That auch wird. Dimitz wendet sich hauptsächlich gegen Scheyers Ansicht über Bedachtnahme auf das Silberagio, indem er auseinandersetzt, wie bei dem Steuerzuschätzungs-geschäfte mit den dem Grundbesitzer zur Last fallenden und den ihm zu Gute kommenden Ziffern, mit Ertrag und Aufwand gerechnet werden müsse. Die Zahlen müssen also im Soll und Haben gleich benannt sein, man könne also im Haben nicht mit Silber, im Soll mit Papier rechnen oder umgekehrt, man müßte also das Agio bei Ertrag und Aufwand in Anschlag bringen, dann aber sei die Wirkung im Resultate gleich Null. Im übrigen, meint Redner, könne man von hier aus den in gewisser Hinsicht autonomen Bezirksschätzungscommissionen keine Instruktionen erteilen, sie seien der Mehrheit nach aus Grundbesitzern bestehend, welche ihr Interesse ohnedies nicht außer Acht lassen, — Dimitz beantragt also, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Dr. Ahačič beantragt hingegen, ihn abzuweisen, weil er nicht in den Wirkungsbereich der Generalversammlung gehöre, welcher Ansicht Dimitz widerspricht und seine Anschauung vertheidigt. Bei der Abstimmung ergibt sich der originelle Fall, daß alle drei Anträge abgewiesen werden.

Ebenso wird Scheyers Antrag, auf die Zuschläge bei Berechnung des Reinertrags nach dem neuen Steuer-gesetze Rücksicht zu nehmen, abgelehnt.

Weiterleit erregt Herrn v. Langers Anfrage, ob in Rudolfswerth eine landwirtschaftliche Filiale bestehe oder nicht, Lebenszeichen sei von ihr keines wahrzunehmen. Dr. Pleweis klärt auf, daß seit des Vorstandes Arlo Tode Herr v. Fichtenau mit der interimistischen Vorstandschaft betraut worden, im übrigen es aber Sache der dortigen Mitglieder sei, sich neu zu constituiren.

Von der Verlesung der Berichte über die Bewirthschaftung des Versuchshofes und über die Hufbeschlaglehranstalt wird über Antrag Dr. Drels Umgang genommen und deren Drucklegung beschlossen.

Hierauf referirt Dr. Drel in freier Rede über seine Versuche und Erfolge der Wasserröste beim Lein- und Flachsbau und über den Anbau des russischen Leinsamens, indem er das gewonnene Product vorzeigt und die Erfolge gegenüber der frühern Methode demonstrirt. Die Versammlung wird gegen Ende des Vortrags, da der Tischler Kutar aus der Woche die von ihm construirte Flachsbrechmaschine vorweist, etwas unruhig und laut. — Der Bericht des Dr. Drel wird in Druck gelegt.

Mit der silbernen Medaille für Verdienste in der Obstzucht werden theilt: Josef Bodó, Besitzer in Dobsto, Leopold Dellaeva, Besitzer in Buje bei Kobana, Josef

Barle, Oberlehrer in Wippach; Johann Sajó, Lehrer in Predaselj; Muhič, Lehrer in Schweinberg. — Anerkennungs schreiben erhalten Baumeister Treo in Laibach, Realitätenbesitzer Godec in Töplitz.

Dr. Bleiweis referirt anlässlich dieses Gegenstandes auch über die Auflage einer neuen derartigen Gesellschaftsmedaille. Es seien bis auf zwei Stücke die bisher in Gebrauch gewesenen Medaillen vertheilt, man solle nun aber nebst der Obstdrüse auch die Anlage lebender Bäume mit Medaillen prämiiren; mehrerlei Prägestücke anlegen zu lassen, sei zu kostspielig, der Ausschuss habe sich also geeinigt, den Antrag zu stellen: es werde nur eine Medaille für landwirthschaftliche Verdienste im Allgemeinen aufgelegt und dem Centrale überlassen, die Kosten der Anlage im Wege einer Subscription oder durch Erbitung einer Staatsubvention zu beschaffen, falls die Gesellschaftscasse außer Stande sein sollte, die bedeutenden Kosten zu tragen. — Wird angenommen.

Zum Ehrenmitgliede wurde ernannt: Graf Heinrich D'Avernas zu Wilbon in Steiermark.

Zu correspondirenden Mitgliedern wurden einstimmig erklärt: J. B. Bodenstein, derzeit Forstmeister in Salzburg; Giacomo Godigna, Gutsbesitzer in Capodistria; Franz Heiß, Gauvorstand in Spital; Felix Pavesch, Landesculturinспекtor in Dalmatien; Franz Strohbach, Forstinspector zu Klagenfurt.

Zum Schlusse beantragt der Bürgermeister Perenič von Planina die Erlassung eines Landesgesetzes zur Steuerung der innerkrainischen Karstweiterung; Redner entwirft ein trauriges Bild von der fortschreitenden Walddevastation, welche auf den gesammten Wirtschaftsbetrieb nachtheilig einwirkt, sein Antrag bezweckt die Anordnung eines Verbots, mit welchem mindestens das junge und mittelalte Holz von der Fällung ausgeschlossen werden sollte. Waldschätzungsreferent Dimiz unterstützt diesen Antrag und weist auf die colossalen Holzausfuhr von Innerkrain nach Triest hin, indem er die Holzzufuhr zu den Holzmärkten in Kafel ziffermäßig beleuchtet. Er meint aber, daß mit einem Specialgesetze im Sinne Perenič nicht alles gethan sei, es müsse überhaupt die forstliche Gesetzgebung in ein anderes Geleise kommen und stellt den Antrag: Nachdem das bestehende Forstgesetz allenthalben als nicht mehr zeit- und den Verhältnissen gemäß erkannt, eine Reform desselben aber gesetzlich noch nicht durchgeführt ist und außerdem die bestehenden Normen in der That außer aller Handhabung stehen, andererseits aber die Walddevastationen in erschreckenden Dimensionen zunehmen, je mehr die Waldservitutenablösung ihrem Ende zuzuhilfen und die Ablösungsäquivalente zur individuellen Vertheilung gelangen; so möge der Central-Ausschuss beauftragt werden, in besondrer Rücksicht auf die Erhaltung der Gemeinde- und Servitutenäquivalentwälder, namentlich der individuell vertheilten, jene landesgesetzlichen Reformen des Forstgesetzes betreffenden Dries zum Durchbruche zu bringen, welche geeignet sind, diesen schreienden Uebelständen abzuhelfen. — Der Antrag Dimiz wird angenommen.

Custos Deschmann zeigt der Versammlung zwei bislang minder beachtete Pflanzen vor, welche für die Bindung lockerer Böden, überhaupt somit vielleicht auch für Berculturen in der Karstbewaldung theilweise Bedeutung haben. Eine dieser Pflanzen ist das riedartige Rauhgras Lasia-grostis Calamagrostis Lk., das besonders dolomitischen Schutt liebt und sich in unfern Alpenthalern häufig in dichten Büschen vorfindet; die Wurzelbildung dieser Grasart bestärkt auf den ersten Blick ihre eminenten bodenbindenden Eigenschaften und möge daher künftig mehr beachtet werden. Die zweite dieser Pflanzen ist die sogenannte Grünlerle (Alnus viridis), welche kieselige Böden sucht und von deren bodenschützenden Eigenschaften der Solove nächst Laibach den Beweis liefert. Während des kurzen aber interessanten Vortrages hatte sich der größere Theil der Zuhörer um Deschmann geschaart, um die mitgebrachten Exemplare in Augenschein zu nehmen.

Die Sitzung endete erst gegen 1 Uhr. Nach derselben versammelte sich der größte Theil der erschienenen Mitglieder zum gemeinschaftlichen Festessen in der Citalnica, wo eine selten animirte Stimmung herrschte und eine Reihe

ernster und humoristischer Toaste in rascher Folge das einfache Mahl würzte.

Die Theilnehmer dieser Versammlung werden nicht ohne Befriedigung auf dieselbe zurückblicken.

— Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Elisabeth-Kinderspitale in Laibach eine Beihilfe von 100 fl. aus der Allerhöchsten Privatcasse huldvollst zu spenden geruht.

— (Für die Stadtarmen) hat die Kunstcabinet-Inhaberin Fräulein Emma Willardt beim Magistrate den Betrag per 20 fl. erlegt.

— (Der gestrige Theaterabend) war ein sehr heiterer und sehr interessanter. Zu dem ersteren machte ihn das treffliche Spiel des Herrn Stainl im „Nord in der Kohlenmiesergasse“ und zu dem zweiten die staunenswerthen equilibristischen Leistungen der Japanesen, welche man sehen muß, um sie glaublich zu finden, und welche mit der größten Sicherheit und Gewandtheit ausgeführt werden. Wir möchten „das Bambus auf der Schulter“ und die „Veiter“ als die hervorragendsten bezeichnen. Das Haus war sehr gut besucht und die Productionen wurden sehr beifällig aufgenommen. Wir können den Besuch dieser interessanten Productionen Jedermann empfehlen.

— (Schlußverhandlungen beim k. l. Landesgerichte Laibach.) Am 30. November. Michael Frank: Diebstahl; Johann Schein: Diebstahl; Margaretha Vidmar: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens; Johann Potočnik: Diebstahl. — Am 1. December. Josef Bernardon: Diebstahl; Johann Klemenc und drei Genossen: Diebstahl. — Am 2. December. Josef Regali: Vergehen gegen die öffentliche Ruhe; Johann Kern und Johann Lukanc: schwere körperliche Beschädigung; Maria Cerer: Diebstahl; Jakob Pracek und Ignaz Rajc: Diebstahl.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) Pest, 27. November. Se. Majestät der Kaiser nahm die vom Ministerpräsidenten Potocki übergebene Demission des Gesamtcabinetes unter Vorbehaltung weiterer Entschlüssen entgegen.

Berlin, 27. November. (Officiell.) General Treskow warf am 23. November den Feind aus seinen Positionen vor Belfort und schlug einen Ausfall ab.

Tours, 27. November. Ein Decret verfügt sofortige Errichtung von zehn großen Lagern, darunter drei 250.000 Mann fassende als strategische, die andern sieben, je 60.000 Mann fassend, als Abbruchlager. Nach officieller Depesche aus Chateaudun nahmen die Franzosen nach zweistündigem Kampfe eine starke Stellung auf den Höhen von Yèvre und verfolgten den Feind drei Kilometer weit. Eine Schlacht an der Loire steht bevor, es ist eine Concentrirungs-Bewegung angeordnet.

Pest, 26. November. Der Kaiser empfing die Mitglieder beider Delegationen und erwiderte auf die Ansprache der Präsidenten, daß die Wichtigkeit der Verhältnisse, welche die Einberufung der Delegationen veranlaßt hatten, an Bedeutsamkeit nichts verloren habe; — im Gegentheile seien noch neuere, ernstere Ereignisse hinzugekommen. Der Kaiser hofft, die Delegationen werden das thun, was der wahre Patriotismus und die von einander untrennbaren Interessen beider Theile der Monarchie erfordern.

Berlin, 26. November. (Officiell.) Aus Versailles wird unterm 25. d. M. berichtet: Oberst Lüderitz vertrieb am 24. November zwischen Rohe und Amiens die Mobilgarden, welche, das Gepäck zurücklassend, gegen Bray entflohen. Eine spätere Recognoscirung desselben mit zwei Compagnien stieß bei Mezières auf sechs feindliche Bataillone und brachte denselben nicht unerhebliche Verluste bei. Unser Verlust ist gering.

Tours, 25. November. (Officiell.) Gambetta ist hier eingetroffen. Der Feind schien sich nach dem Mißerfolg bei Nuits und nach Plünderungen in Citeaux in Dijon zu concentriren. Zwei Bataillone mit zwei Kanonen griffen 1500 bei Demmin verschanzte Preußen an, schlugen dieselben in die Flucht und verfolgten sie bis Quésnel. Die Preußen besetzten in der Nacht zum 22. November Belleme. 20.000 Preußen schienen auf Remans zu gehen und vor Belleme Stellung zu nehmen, marschirten aber gestern (am 24. d.) eiligst auf Nogent le Rotrou ab.

London, 26. November. Die Antwort Gortschakow's ist gestern hier eingetroffen. Der Ministerrath wird dieselbe Montag erörtern. Gortschakow hält an der angenommenen Position fest, rechtfertigt deren Haltung, indem er auf die Verletzung des Vertrages Seitens anderer Mächte anspielt, und glaubt nicht, daß eine von Rußland beantragte Conferenz Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 26. November. 5perc. Metalliques 55.40. — 5perc. Metalliques mit Paris und November-Zinsen 55.40 — 5perc. National-Anlehen 64.40. — 1860er Staats-Anlehen 90.40. — Banfactien 717 — Credit-Actien 243.25. — London 125.25. — Silber 123. — R. l. Münz-Ducaten 5.95. — Napoleons'ors 10.10.

Handel und Volkswirtschaftliches.

(Wochenausweis der Nationalbank.) Der zuletzt ausgegebene Wochenausweis der Bank bezieht den Banknoten-umlauf mit 306,431,400 fl., dem die folgenden Posten als Bedeckung gegenüberstehen: Der Metallschatz 115,051,382 fl., in Metall zahlbare Wechsel 33,582,014 fl., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 1,893,971 fl., Escompte 111,044,472 fl., Darlehen 42,590,900 fl., eingelöste Compens von Grundentlastungs-Obligationen 103,948 fl., eingelöste und bösenmäßig angekaufte Pfandbriefe 9,560,133 fl., zusammen 314,636,822 fl.

Laibach, 26. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Heu und Stroh, (Heu 85 Ctr., Stroh 32 Ctr.), 25 Wagen und 2 Schiffe (14 Rstfr.) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Mt., Wg., Price. Includes items like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Lottoziehung vom 26. November.

Triest: 53 28 18 19 40.

Theater.

Heute: Zweite japanische Vorstellung. Gringoire. Schauspiel in 1 Act.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Meteorological table with columns for date, time, barometer, wind, etc.

Den 26. und 27. Gelockerte Bewölkung, abwechselnd Sonnenschein. Etwas windig, die Wege ausgetrocknet. Abendroth. Das vorgestrige Tagemittel der Wärme + 8.3°; das gestrige + 7.1°, beide um 6.3° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kreimahr.

Börsenbericht.

Wien, 25. November. Die Börse verkehrte in träger Haltung und ohne ausgesprochene Tendenz. Die Coursebewegung der Speculationspapiere förderte theils mäßige Rückgänge, theils kleine Reprisen zu Tage. Anlagspapiere behaupteten gestrige Course oder gingen wo 1 auch etwas darüber hinaus. Einige Nebenpapiere fanden flotten Absatz zu gutem Preise. Das Devisengeschäft war ohne allen Belang.

Large financial table with columns for various securities, bonds, and exchange rates. Includes sections for Staatsschuld, Actien von Bankinstituten, and Pfandbriefe.